

Erstausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Abendausgabe und Expedition
Johannisstraße 22.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
In den Schulen für das nächste
Jahr an Wochentagen die
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Schulen für das nächste
Jahr an Wochentagen die
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Frachtlohn 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Rthl.
mit Postbeförderung 45 Rthl.
Inserate 5 Gepl. Petitzeile 20 Pf.
Schwere Schriften laut unversen
Preisverzeichnis — Labelarifischer
Satz nach höherem Tarif.
Klavisen unter dem Redactionsschild
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind nach an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannum voraus
oder durch Postnachzahlung.

№ 125.

Montag den 5. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 5. Juli vorigen Jahres und der Ausführungsverordnung hierzu vom 9. November desselben Jahres in Verbindung mit § 5 der Verordnung vom 11. October vorigen Jahres, die Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli vorigen Jahres betreffend, ist für das Jahr 1879 mit Rücksicht auf die stattfindende Erhebung des Jahresbeitrags nebst einem Zuschlag von 50 Procent die gesammte Staats-Einkommensteuer in drei Terminen zu entrichten und der erste Termin

am 30. April dieses Jahres)

zu einem Dritttheile des Gesammtbetrags fällig.
Die hiesigen Steuerpflichtigen werden daher aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungekürzt und spätestens binnen 3 Wochen von dem Termin ab an unsere Stadt-Steuerannahme, Brühl 61, Blauer Harnisch, 2. Stock, bei Bezahlung der nach Ablauf der Frist gegen die Säumnigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzugeben. Hierbei geben wir unter Hinweis auf die nachstehend beigedruckten gesetzlichen Bestimmungen bekannt, daß diejenigen Beitragspflichtigen, denen der Steuerzettel nicht hat behändigt werden können, wegen Mithilfung des Schätzungsergebnisses sich an unsere Stadt-Steuerannahme zu wenden haben, bezahlend und jedoch vor, nach Beendigung des jetzt begonnenen Behändigungsgeschäfts den Tag zu bestimmen, von welchem ab die oben erwähnten Meldungen angebracht werden können und von dem ab die in dem Schlußsatz des beigedruckten §. 49 gedachte Reclamationsschrift zu laufen hat.

Turch die mit dem Staats-Einkommensteuergesetz gleichzeitig zur Ausbändigung gelangenden Zufertigungen über die städtische Einkommensteuer werden den einzelnen Beitragspflichtigen die Zahlungs-Termine wie die Steuerzettel, in welche dieselben eingetragen worden, mit der Aufforderung, die auf dem Steuerzettel wegen der Reclamation und sonst festgesetzten Vorschriften genau beizubehalten, und soll seiner Zeit die für den 1. Termin dieses Jahres zur Erhebung kommende Zahl der Simpla bekannt gemacht werden.
Leipzig, den 28. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Richter.

§. 49 des Einkommensteuergesetzes: Reclamationen gegen die Einschätzung sind zur Vermeidung der Ausbändigung binnen 3 Wochen bei der Bezirkssteuerannahme schriftlich einzubringen. Diese Frist ist von Beendigung des Steuerzettel, für diejenigen aber, welchen derselbe nicht hat behändigt werden können, von der Bekanntmachung der in §. 46 erwähnten Aufforderung ab zu berechnen.
§. 50. Durch Einwendung der Reclamation wird die Einziehung des auf Grund der angefochtenen Einschätzung ausgeworfenen Steuerbetrags, vorbehaltlich der späteren Ausgleichung, nicht aufzuhalten.

Bekanntmachung.

In der Barthensstraße, zwischen Lohr- und Pfaffenborfer Straße und in der Pfaffenborfer Straße von der Straße bis zu der nördlichen Grenze des Grundstücks des neuen Staatsgymnasiums sollen die Fahrstraßen mit bohrtem Pflaster, die Fußwege-Anpflasterungen mit Pflastersteinen hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Stage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterungen bei dem Staats-Gymnasium“

versiehet ebendasselbst und zwar bis zum 10. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, am 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

In Folge des am 5. Mai d. J. beginnenden Schleusenbaus im Petersteinweg wird für wenige Tage der Fahrverkehr der Ringstraße und des Petersteinwegs beim alten Bezirksgerichtsgebäude etwas behindert werden.
Wir empfehlen daher, während dieses Baus das Fahren durch die Ringstraße möglichst zu vermeiden.
Leipzig, den 3. Mai 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

In der Kaiser-Wilhelm- und Kronprinzstraße sollen Kiesfußwege hergestellt und diese Arbeiten im Submissionswege vergeben werden.
Diejenigen, welche sich hierbei betheiligen wollen, werden aufgefordert, ihre Offerten, bezeichnet mit „Kiesfußwege in der Kaiser-Wilhelm- und Kronprinzstraße“ versiegelt bis zum 8. Mai c. Abends 6 Uhr im Rathhausamt, Abtheilung für Tiefbau, abzugeben, wo auch die Bedingungen in den gewöhnlichen Geschäftsbüchern einzusehen sind.
Leipzig, den 26. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

In der Pfaffenborfer, Barthens- und verlängerten Lohr-Straße sollen die Fußwege mit Granitplatten verschiedener Breite belegt, die Begrenzung der Fußwege in Granitsockeln hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau Rathhaus, 2. Stage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterarbeiten in den Straßen bei dem Staats-Gymnasium“

versiehet ebendasselbst und zwar bis zum 10. Mai 1879 Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, den 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Die Pflasterung des Gerichtsweges zwischen dem Taubchenweg und der Hospitalstraße, sowie die Trottoiranpflasterung auf dieser Straße sollen an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Stage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Pflasterung des Gerichtsweges betreffend“

versiehet ebendasselbst und zwar bis zum 10. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, am 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des Kiesfußweges an der westlichen Seite des Gerichtsweges zwischen der Hospitalstraße und dem Taubchenweg soll an einen Unternehmer in Accord verdingen werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Stage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Kiesfußweg im Gerichtsweg betreffend“

versiehet ebendasselbst und zwar bis zum 10. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, am 24. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Versteigerung von Bauplänen.

Die an der äußeren Sülze- und an der alten Elster gelegenen 3 Baupläne des Baugebietes für das städtische Bauareal links der Waldstraße
Nr. 7 von 922 qm. — 2875 □ R. Flächeninhalt
„ 8 „ 612 „ — 1906 „ „
„ 9 „ 468 „ — 1507 „ „

sollen unter den in unserem Bureau (Rathhaus, 2. Stockwerk) nebst dem Baugebietesplanen ausliegenden Bedingungen

Dienstag den 13. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr
im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Stockwerk, zum Verkaufe versteigert und zwar werden dieselben zuerst zusammen und dann noch einmal einzeln ausgeteilt werden.
Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung sowohl bezüglich des im Ganzen ausgeteilteten Areal als bezüglich eines jeden der einzeln ausgeteilteten Pläne geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.
Leipzig, am 30. April 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die zweite Aufnahmeprüfung für die Lehrlingsabtheilung findet Mittwoch, den 7. Mai von 7 bis 9 Uhr Morgens statt. Die Angemeldeten haben Feder und Halter mitzubringen.
Anmeldungen für die Lehrlingsabtheilung, namentlich für jene Classe, welche Nachmittags von 2 bis 4 Uhr Unterricht empfängt, und auch für den einjährigen Cursus für Handlungslehrlinge, die den Berechtigungschein zum Freiwilligendienste besitzen, werden noch täglich von 11-12 1/2 Uhr entgegengenommen.
Am Montag, den 12. Mai, früh 7 Uhr, beginnt der Unterricht in der Lehrlingsabtheilung.
Carl Wolfrum, Director.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. Mai.
** Berlin, 3. Mai. Der zweite Tag der Rollredatte hatte seinen Glanz- und Höhepunkt in der Rede Bamberger's. Man wird nicht zu viel sagen, wenn man sie als die beste Leistung bezeichnet, welche der Reichstag von diesem Vorkämpfer der freihändlerischen Bestrebungen je gehört hat. Maßvoll in der Form, war sie um so härter in der Sache. Man begreift den fast elegischen Ton, der sich durch die Rede hinzieht, im Munde eines Mannes, der eine übermächtige Bewegung über die wirtschaftliche Ueberzeugung seines ganzen Lebens hinweggesehen sieht, man begreift ihn doppelt, wenn dieser Mann allezeit ein so warmer Anhänger und Unterstücker der nationalen Politik des Fürsten Bismarck gewesen ist, wie Bamberger. Wankend mögen die Klagen, die er in dieser Beziehung erhob, bitter klingen; aber sie sind doch sehr viel mehr, als der Ausfluß eines gekränkten Gemüths. Mit nur zu gutem Recht macht der Redner aufmerksam auf die bedenkliche Seite einer Politik, welche in der Centrumpartei unerbittlich hat des geschworenen „Reichsfeindes“ die willkommenste Stütze erblickt, in der Centrumpartei, welche in dem neuen Politaris lediglich die Erfüllung ihrer stets gehegten Wünsche erblickt darf, während der Reichskanzler in demselben seine ganze wirtschaftliche Vergangenheit zum Opfer bringt. Mit nur zu gutem Rechte auch sprach er seine Verwunderung aus, daß dieselbe agrarische Agitation, deren sich Fürst Bismarck noch vor wenigen Jahren durch den Strafrichter zu erwehren suchte, jetzt als die legitime Verkländerin der Regierungsgedanken auftritt. Noch mehr, er konnte in den eigenen Ausführungen des Kanzlers vom gestrigen Tage nicht allein den ausß Starkke ausgeprägten agrarischen Kern, sondern auch die Spuren von Robertus und Lassalle aufweisen. In der That drängt sich die Frage auf, ob wir durch ein

System von Versprechungen, wie es Fürst Bismarck in seiner gestrigen Rede aufstellte, nicht in die volle Gefahr der socialistischen Lehre hineingerathen, indem, sei es in einzelnen Schichten, sei es im ganzen Volke, die Vorstellung erzeugt wird, als ob durch Staatsmaßnahmen die materielle Prosperität der Gesellschaft geschaffen und gesichert werden könne. Die gedrückte Lage der Landwirtschaft stellte Bamberger nicht in Abrede. Aber er zeigte ihre wahren Ursachen, Ursachen, die weder mit der Steuererhebung, noch mit der Handelspolitik irgendwie im Zusammenhange stehen. Sehr wunderbar hob sich auf dem Grunde dieser Auseinandersetzung alsdann freilich das Kunststimmittel ab, die Steuerüberbürdung durch Getreide- und Viehzüchtung auszugleichen zu wollen. Obendrein noch springt sofort der Widerspruch in die Augen, durch dies Verfahren den „armen stillen Provinzen“ Hilfe bringen zu wollen, während aus diesen Provinzen die zahlreichsten Gegenerklärungen gegen den Tarifentwurf vorliegen. — Aber die Gefahren des neuen Systems sind nicht erschöpft in den vorausgesetzlichen unmittelbaren Wirkungen desselben; nicht minder bedenklich sind die mittelbaren Folgen. Drastisch schilderte der Redner, wie die Tarifcommission die Benachtheiligung eines Industriezweiges durch einen Zoll immer wieder durch einen neuen Zoll auszugleichen suche. Auch die Belenkung der den Seefläden zugehörten Extramöskeln fand hier ihren Platz. Ingleich wies er schon jetzt die Unmöglichkeit nach, die gefährdeten Exportindustrien durch ein umfassendes System von Rückvergütungen schadlos zu halten, da eben bei allen gemischten Fabrikaten die Feststellung der Identität gar nicht durchführbar ist. Die behenlichste Folge aber, welche der Redner voraussieht, berührt den Klassen gegenfuß. Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß der Rath der neuen Schwäche, wenn nicht ganz, so bestenfalls, in ganz überwiegendem Maße zu Gute kommen wird einer verhältnismäßig

geringen Zahl von Angehörigen der wohlhabenderen Classen. Sobald sich diese Wirkung der großen Masse aller Uebrigen zum Bewußtsein bringt, wird der Staat gezwungen sein, auch sie mit allerlei Begünstigungsmäßigkeiten zu bedenken, wenn nicht die verderblichen Katastrophen unabwendbar sein sollen. Wo aber liegt das Ende auf der schiefen Ebene einer solchen Politik? — Eine andere Reihe von Bemerkungen Bamberger's war, gewissermaßen in Ergänzung der Delbrück'schen Ausführungen, dem Mangel an Sachkenntnis, den beispiellosen Flüchtigkeiten des Tarifentwurfs gewidmet. Auf's Schärfste verurtheilte er, im Vergleiche zu dem langsamen und besonnenen Vorgehen z. B. in Frankreich, die Ueberstürzung, mit welcher ein Werk von so ungeheurer Tragweite zum Abschluß gebracht werden soll. Er hofft nicht mehr, der Strömung des Tages sich erfolgreich widersetzen zu können; aber er will wenigstens seine Hände in Unschuld gewaschen haben.
Es war ein tiefer Eindruck, den die mehr als zweifelhafte Rede hinterließ, wenn auch die Schaaeren des Centrums und die Befolgenschaft des Herrn v. Kardorff den lang anhaltenden Beifall durch Bischen, freilich vergebens, zu erlangen suchten. Der preussische Finanzminister Hübner übernahm die Vertheidigung des abwesenden Reichskanzlers. Man wird Herrn Hübner den besten Dienst thun, wenn man über diesen Theil seiner Rede den Mantel des Schweigens breitet. Seine eigentliche Absicht war, das Hans über die Jiffer des durch die Reichsfinanzreform zu deckenden Bedarfs aufzuklären. Danach wissen wir nunmehr, daß die Regierung eine Summe von 166 Millionen für notwendig hält. Die Beleuchtung dieser Forderung von liberaler Seite wird die Montagssitzung bringen. Heute sprachen außer den Genannten die Abgg. Reichensperger, Dipe und v. Minnigerode, jener im industriell-schützlichen Sinne, dieser im agrarisch-schützlichen Sinne. Die Rippe der Stellung des Centrums

zu der Finanzfrage — das Einzige, was an dem Vortrage des Herrn Reichensperger hätte von Interesse sein können — wußte der Redner geschickt zu umgehen.
Der Bundesrath hielt am Sonnabend Nachmittags 2 Uhr im Reichstagsgebäude eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Postmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung erfolgten Mittheilungen über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Bundesrath und über die erfolgte Ueberweisung einer Vorlage an den betheiligten Ausschuß. Eine Vorlage, betreffend die Eisenbahn-Frachtbriefformulare, ging an die Ausschüsse. Die Ausschüsse-Entwürfe, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung, wurden angenommen. Der Antrag des Rechnungsausschusses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Erwerbung der preussischen Staatsdruckerei für das Reich, fand Zustimmung. Mündliche Ausschüßberichte wurden erstattet über die Vorlage, betreffend die weitere Ausprägung von Goldmünzen; die anderweitige Vertheilung des Gesammtbetrags an Reichscassencheinen auf die einzelnen Abtheilungen; die Einbildung der Finanzabtheilung österreichischer Eisenbahnleihen. Zur Verhandlung fanden ferner mündliche Berichte des Rechnungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für 1879/80; die Vorlage, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für 1879/80, bezüglich der Matricularbeiträge; die Besetzung einer Reichsstelle beim Rechnungsausschusse. Schließlich erfolgte Ernennung von Commissarien zur Verhandlung von Vorlagen im Reichstage und Vorlegung von Eingaben.
Der Bundesrathsausschuß für Justizwesen hat sich Sonnabend Vormittag mit dem Strafvollzugsgesetz beschäftigt. Es darf indes als feststehend angesehen werden, daß in dieser Session der Entwurf nicht mehr an den Reichstag gelangen kann. Alles, was zu erreichen sein wird, dürfte in der Fertigstellung der Vorlage für den Bundesrath bestehen. Uebrigens ist innerhalb der Regierungen dem Bundesrat nach volles Einverständnis über den Entwurf erzielt.